

## Das polnische Wirtschaftsmodell

Seit dem Umschwung im Oktober 1956 bemühen sich die polnischen Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftsexperten, grundlegende Reformpläne der polnischen Wirtschaft auszuarbeiten und durchzuführen. Der Hauptanteil an dieser Arbeit liegt in der Hand des sogenannten Ökonomischen Rates beim Präsidium des Ministerrates, dem die bedeutendsten Wirtschaftstheoretiker und Experten angehören. Dieser Rat begann seine Arbeit am 1. Januar 1957, und schon nach fünfmonatiger Tätigkeit wurden die sogenannten „Thesen über das Wirtschaftsmodell“ veröffentlicht. Bereits Ende 1957 entwickelte sich in Polen eine öffentliche Diskussion über diese Thesen, und gleichzeitig entschloß sich die Regierung zu einigen praktischen Maßnahmen zur Reorganisation der polnischen Wirtschaft.

So wird gegenwärtig in Polen der Versuch unternommen, im Rahmen des „polnischen Weges zum Sozialismus“ eine eigene Wirtschaftskonzeption zu finden und sie auch in die Tat umzusetzen. Das polnische Wirtschaftsmodell befindet sich nicht mehr im Stadium der Planung, sondern es wurde auch schon einiges verwirklicht. Es besteht also die Möglichkeit, diese Reform etwas genauer zu charakterisieren.

### *Keine Nachahmung der sowjetischen Wirtschaftsreform*

Eine Gruppe von Wirtschaftsexperten studierte in der SU die letzte dortige Entwicklung, und in der Warschauer Tageszeitung *Zycie Warszawy* vom 31. Oktober 1957 berichtete ein Mitglied dieser Delegation, Prof. +. *Pajestka*, über die Beobachtungen. Er stellte fest, die sowjetische Reform werde in erster Linie dadurch gekennzeichnet, daß man die Branchenzentrale durch die örtlichen Organe der Wirtschaftsleitung — Volkswirtschaftsräte — ersetze. Dann meinte der Berichterstatter, „die Reform verringere im Prinzip den administrativen Überbau über die Produktion nicht“. „Man darf nicht vergessen“, schreibt Prof. *Pajestka*, „daß es sich um eine Reform innerhalb der Verwaltung handelte, die viel schneller durchführbar war, als es die Veränderungen sind, auf die wir uns vorbereiten.“ Die polnischen Wirtschaftsexperten betonen nämlich einstimmig, daß im Vordergrund der Wirtschaftsreform in Polen nicht das Problem der Verbesserung der Wirtschaftsverwaltung steht, wie es in der SU der Fall ist. Es gehe vielmehr darum, jegliche zentrale und auch örtliche Verwaltung auf ein Minimum zu reduzieren, um den Betrieben Selbständigkeit und maximale Rentabilität ihrer Tätigkeit zu sichern. Prof. *Pajestka* äußerte sich auch äußerst kritisch über die Auflösung der zentralen Branchenverwaltungen und den Übergang zu territorialer Wirtschaftsleitung, der das Hauptprinzip der sowjetischen Wirtschaftsreform bildet. Er meinte, der Aufbau der übergeordneten Behörden auf rein territorialer Grundlage sei in Polen nur wenig verwendbar, die übergeordneten Behörden müßten verschiedene Formen haben. Gleichzeitig aber erläuterte Prof. *Pajestka* genauer, daß er „unter übergeordneten Behörden nicht Organe mit solchen Kompetenzen verstehe, wie sie heute die sowjetischen Volkswirtschaftsräte besäßen. Bei unserer Lösung zielen wir auf eine viel größere Erweiterung der Selbständigkeit der Betriebe hin.“

### *Reorganisation der zentralen Verwaltungen*

Schon das VIII. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Oktober 1956 stellte fest, daß die wichtigste Ursache der stalinistischen Mißwirtschaft in Polen das Überwuchern des Zentralismus in der Planung und der Schwund der Selbständigkeit der Betriebe war. Das führte, wie das theoretische Parteiorgan der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei „*Nowe Drogi*“ vom Dezember 1957 ausführte, zu einer Bürokratisierung der Wirtschaft und zum Zustandekommen von Beschlüssen, die im Widerspruch zum Wertgesetz stehen.

Die Modellveränderungen, die der Ökonomische Rat vorschlägt und die noch heute auf großen Widerstand bei der polnischen Wirtschaftsbürokratie stoßen, kann man auf folgende Weise kennzeichnen:

1. Die Zentralverwaltungen sollen in „Zweckvereinigungen“ der Betriebe umgewandelt werden. Sie könnten in horizontaler Form aufgebaut werden und gleichartige Produktionsbetriebe vereinigen, aber in anderen Fällen könnten sie auch vertikale Organisationsfirmen annehmen und verschiedenartige Betriebe, die durch gewisse Produktionsaufgaben zusammenhängen, vereinigen. Es könnten aber auch Betriebe unabhängig von jeglicher zentraler Verwaltung bestehen. 2. Da im Mittelpunkt der Reform die These über die maximale Freiheit der Betriebe steht, soll es zentrale Verwaltungen nur dort geben, wo sie notwendig und nützlich sind. Ihre Aufgabe wird vor allem in der Repräsentierung der Betriebe bestehen, in der Festlegung des allgemeinen Limits und in der Wahrung der allgemeinen staatlichen Interessen bei der Tätigkeit der betreffenden Betriebe. 3. Die Zentralverwaltungen werden finanziell nicht vom Staat, sondern von den Betrieben, die zu ihnen gehören, abhängen. Die Modellveränderungsvorschläge sehen die Stärkung der Rolle der Aufsichtsräte, Direktoren und Arbeiterräte vor, und dadurch werden die Kompetenzen der Zentralverwaltungen noch mehr eingeschränkt.

Der Vertreter des Ökonomischen Rates in der Sejm-Kommission für Wirtschaftsplanung, Budget und Finanzen, der führende polnische Wirtschaftsexperte *O. Lange*, gab am 22. Oktober 1957 bekannt, daß die Reorganisierung der Zentralverwaltungen die verschiedensten Formen annehmen werde, um die Verwaltung so elastisch wie möglich zu gestalten und den Interessen der verschiedenen Industriezweige anzupassen. Nach seiner Meinung „bildet den Ausgangspunkt des polnischen Wirtschaftsmodells der Betrieb, der im neuen Wirtschaftssystem als zentrales Element der Wirtschaft betrachtet wird, während die zentrale Verwaltung nur auf die Koordinierung und Inspirierung der Tätigkeit des Betriebes beschränkt sein wird“.

Gleichzeitig mit der grundlegenden Reorganisierung der Zentralverwaltungen tritt auch automatisch eine Änderung hinsichtlich der Rolle der bisherigen Branchenministerien ein. Anstelle der bisherigen Verwaltungsfunktion werden diese sich in Zukunft nur mit allgemeinen Problemen der Wirtschaftspolitik innerhalb bestimmter Industriezweige befassen.

Am 30. November 1957 veröffentlichte die Kommission des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei für die Angelegenheiten der Arbeiterräte und der Wirtschaftsleitung das Projekt eines Statutes der staatlichen Industriebetriebe. Dieses stützt sich auf die Erfahrungen der polnischen Wirtschaftsexperten und Gewerkschafter sowie auf Diskussionsmaterial aus der Presse. Es ist bis heute noch nicht endgültig beschlossen, spiegelt aber zweifellos die Richtlinien des polnischen Wirtschaftsmodells wider.

#### *Die Rolle der Arbeiterräte*

Das Projekt des Statutes sieht eine große Erweiterung der Rolle der Arbeiterräte in der Wirtschaftsleitung der Betriebe vor. Die spezielle Terminologie des Projektes unterscheidet zwischen den Begriffen „verwaltet“ (*zarzadza*) und „leitet“ (*kieruje*). Während der Arbeiterrat den Betrieb verwaltet, der Volkseigentum ist, leitet ihn der Direktor. Der übergeordnete Charakter des Arbeiterrates bedeutet jedoch nicht, daß die Arbeiterräte eine ausschlaggebende Rolle in bezug auf die Leitung des Betriebes spielen. Sie entscheiden über die allgemeinen Probleme der Entwicklung des Betriebes, über die Produktionstechnik, Organisation der Arbeit, Investition der Operativpläne usw. Die „Verwaltung“ bedeutet also hier eine Tätigkeit, aus welcher jegliches Element direkter Administration und Dirigierung herausgelöst ist, das zur Kompetenz der Direktoren gehört. Deshalb sind aber auch die Direktoren nicht in der Lage, den Betrieb auf eigene Faust zu leiten oder nur auf Grund der Direktiven von oben. Denn „Leitung“ bedeutet hier eine Tätig-

keit, von der verschiedene wichtige Betriebsangelegenheiten abgezweigt und in die Kompetenzen der Arbeiterräte überführt sind.

Die Diskussion, die im Zusammenhang mit diesem Projekt entstanden ist, lenkt die Aufmerksamkeit auf verschiedene schwache Seiten dieser zweifachen Repräsentation der Betriebe. Einige Stimmen, meist von Vertretern der bisherigen Bürokratie, neigen dazu, die Rolle der Direktoren bei der Leitung der Betriebe zu stärken, andere würden gern Maßnahmen sehen, wie sie in Jugoslawien getroffen wurden, wo die Arbeiterräte allein die Betriebe leiten und verwalten. Es ist leicht ersichtlich, daß die offizielle polnische Linie einen Mittelweg zu gehen versucht, bei dem die Funktion der Arbeiterräte in den Betrieben bedeutend verstärkt wird, vor allem auf dem Gebiet der Kontrolle, und bei dem gleichzeitig die Kompetenzen der Direktoren in bezug auf die Initiative bei der Leitung der Betriebe auf keinen Fall vermindert werden. In einigen Pressekommentaren kam auch die Sorge zum Ausdruck, daß die Arbeiterräte noch zuwenig Erfahrung besäßen und daß sie sich bei ihrer Tätigkeit auf die Gutachten der Experten stützen müßten. Still-schweigend bestätigt man also, daß erst mit der Zeit, wenn die Vertreter der Belegschaften die nötigen Erfahrungen hinter sich haben, von einer weiteren Vergrößerung der Kompetenzen der Arbeiterräte die Rede sein könnte.

#### *Etappenweise Einführung*

Alle Thesen des Ökonomischen Rates sind inzwischen vom Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und dem Ministerrat akzeptiert worden. Verschiedene Veränderungen benötigen die entsprechenden Beschlüsse des polnischen Parlamentes, des Sejm. Aber mit den ersten praktischen Maßnahmen zur Reorganisierung der Wirtschaft hat man in Polen bereits begonnen. Man will die ganze Reform in zwei längeren Phasen verwirklichen.

Im Jahre 1958 wird die Dezentralisierung der Wirtschaft vollendet, die Zentralverwaltungen umgebaut und die Selbständigkeit der Tätigkeit der Betriebe gesichert. Im Jahre 1959 will man mit der Reform der Preise und Löhne beginnen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß vielleicht dieser zweite Abschnitt noch auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird.

Die polnischen Wirtschaftsexperten machen keinen Hehl daraus, daß es erst nach Einführung der grundlegenden „Modellveränderungen“ möglich sein wird, eine Gesundung der Lage auf dem Gebiet der Preise und Löhne zu erwarten. Erst dann wird eine Anhäufung der Konsumgüter, die einer erhöhten Kaufkraft entsprechen, stattfinden. Bekanntlich besteht auch heute in Polen ein Mißverhältnis zwischen Marktware und Kaufkraft, und die gesamte Wirtschaft befindet sich unter einem Inflationsdruck. So überwiegt in Polen die Auffassung, daß die Reform der Löhne und Preise, eines der schwierigsten Probleme der polnischen Wirtschaft, mit größter Vorsicht behandelt werden müsse.

Von allen praktischen Maßnahmen, die bereits getroffen wurden, haben die Modellveränderungen im Handel und in der Gastronomie die greifbarsten Formen angenommen. Der Ökonomische Rat hat zunächst in seinen Vorschlägen eine „kleine Reform“ des Handels vorgeschlagen. Diese stößt zwar auf den heftigsten Widerstand bei der Wirtschaftsbürokratie, doch wurden zu Ende vergangenen Jahres verschiedene Maßnahmen getroffen, die in Wirklichkeit eine „große Reform“ des Handels bedeuten. Durch einen Beschluß des Ministeriums für Innenhandel ist die Reform des Handels praktisch bereits im Gange. Die wichtigsten Merkmale dieser Veränderungen sind folgende:

1. Die Handelsbetriebe werden als selbständige Organisationen betrachtet, sie bekommen die Waren nicht zugeteilt, sondern sie bestellen und kaufen. Sie müssen Miete bezahlen und nach den Prinzipien der Rentabilität arbeiten.
2. Der Handel ist nicht mehr nur der Verteiler der Industrie. Die Handelsbetriebe sind berechtigt, eigene Erzeugnisse zu produzieren, die gelieferten Waren zu verbessern, die Handwerker und Heimarbeiter zu

organisieren usw. 3. Die Handelsbetriebe sind berechtigt, ihre Lieferanten zu wählen. 4. Die Entlohnung des Handelspersonals wird reorganisiert, die Prämien für den Umsatz der einzelnen Verkäufer werden abgeschafft, dafür wird aber eine Provision für den Umsatz des gesamten Betriebes festgesetzt.

Infolge dieser Reform ist bereits zu Anfang dieses Jahres eine allgemeine Verbesserung des Handels zu verzeichnen. Man erwartet, daß im Jahre 1958 viele neue Handelsbetriebe entstehen, die etwa 35 000 Angestellte zusätzlich beschäftigen werden. Die Reform sieht auch im Handel eine ähnliche Einrichtung wie in der Industrie vor, und zwar die der Arbeiterräte. Völlig neuartig ist der Beschluß, daß auch die Großhandelsorganisationen selbständig arbeiten werden und daß bei ihnen Aufsichtsräte entstehen sollen, an denen Vertreter des Einzelhandels und der Industrie teilnehmen.

Alle diese Maßnahmen werden von erweiterter Selbständigkeit der Finanzpolitik der Handelsbetriebe begleitet. Diese können Staatsanleihen beantragen, sie müssen dafür Prozente bezahlen und können entsprechende Verträge über die Abzahlung mit Banken abschließen.

Auch auf dem Gebiete des Bauwesens sind bereits verschiedene Modellveränderungen eingeführt worden. Am 19. Dezember des vergangenen Jahres wurden die Thesen für die Reorganisation des Bauwesens durch den Ministerrat befürwortet und teilweise dem Parlament zur Bestätigung übergeben. Besonders konsequent scheint die Reform des Baubetriebes zu sein. Das System der Leitung der Baubetriebe von oben wird durch ein solches des ökonomischen Interesses des Baubetriebes am Gewinn ersetzt. Das Parteiorgan *Nowe Drogi* vom Januar 1958 schreibt, daß „von jetzt an der Baubetrieb seine Tätigkeit nicht deswegen entwickeln wird, weil ihm seine vorgesetzte Behörde einen entsprechenden Plan auferlegt, sondern nur deswegen, weil er an der Entwicklung seiner Tätigkeit durch Anteil am Gewinn interessiert ist“.

Die Baubetriebe werden de facto keiner Zentralverwaltung untergeordnet, sie müssen sich nur nach einem zentralen Investitionsplan richten, und sie werden von oben nur unter dem Gesichtspunkt kontrolliert, ob sie ihre eigenen Pläne richtig gefaßt haben. Die Selbständigkeit der Baubetriebe ist, verglichen mit der Selbständigkeit der Betriebe anderer Wirtschaftszweige, die weitestgehende.

#### *Zusammenfassende Charakterisierung*

Im polnischen Wirtschaftsmodell sind drei Richtlinien vorherrschend: Dezentralisierung, bei der es auf die Abschaffung der führenden Rolle der Zentralverwaltung ankommt; Demokratisierung, bei der die Einbeziehung der Arbeiterräte in die Wirtschaftsleitung entscheidend ist; allgemeine Einführung des Rentabilitätsprinzips in die gesamte Wirtschaft.

Im allgemeinen handelt es sich dabei um einen globalen Plan zur Beseitigung der stalinistischen Mißwirtschaft auf allen Gebieten der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft. Am leichtesten war es in der Landwirtschaft, wie der polnische Wirtschaftsexperte *O. Lange* vor dem Sejm erklärte, „da es sich dabei um die Beseitigung einfacher und sehr klarer Erscheinungen handelte, welche die Entwicklung der Landwirtschaft hemmten“.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Modellveränderungen ist die Abschaffung der „Mondökonomie“, wie man das in Polen nennt. Darunter wird eine dauernde Finanzierung durch den Staat verstanden, d. h. eine Produktionspolitik des ständigen Defizits. Man hat nun die Wiederherstellung des wahren Verhältnisses zwischen Produktionskosten, Preisen und Löhnen im Auge. Welch revolutionären Schritt dies vor dem Hintergrund der jetzigen nachstalinistischen Mißwirtschaft in Polen bedeuten könnte, illustriert am besten folgendes Beispiel: Eine Tonne Kohlen, die durch den Kohlenbetrieb für Produk-

tionszwecke geliefert wird, kostet 180 Zloty. Die gleiche Menge als Brennmaterial für den Konsumenten kostet 300 Zloty. Dagegen beträgt der ökonomische Wert dieser Tonne, auf Grund der Selbstkosten berechnet, 600 bis 800 Zloty. Dieses Defizit wird dauernd durch den Staat getragen (nach *M. Gamarnikow*: „Polski Modell“ in *Robotnik* vom Januar 1957).

Aber es handelt sich dabei auch um andere Folgen einer Wirtschaftspolitik, bei der die Betriebe durch den Staat mit „billigen“ Rohstoffen versorgt werden. Es entsteht so die paradoxe Situation, daß es sich für die Betriebe einfach nicht rentiert, gleich gute Ersatzstoffe zu verwenden (die übrigens sehr leicht zu haben wären und mit denen sich die Produktion sehr rasch steigern ließe), da sie teurer sind als die vom Staat gelieferten Rohstoffe, deren „Billigkeit“ nicht nur eine Fiktion, sondern vom wirtschaftlichen Standpunkt aus einen völligen Unsinn darstellt.

Dies alles wird als „Mondökonomie“ bezeichnet. Auf den ersten Blick ist die ganze Unrentabilität zu erkennen, auch wird niemand diese ganze Fehlerhaftigkeit leugnen. Aber elf Jahre Herrschaft des stalinistischen Dogmas währten lange genug, um die Beseitigung dieses Zustandes heute zu einem äußerst schwierigen und komplizierten Problem zu machen.

Die Modellveränderungen stoßen nicht nur auf objektive Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur, sondern auch auf den Widerstand der Bürokratie. Diese hat sehr schnell begriffen, daß vor allem die Reorganisation der Zentralverwaltungen den Verlust ihrer privilegierten Rolle in der Gesellschaft bedeutet. Von diesen Kreisen, die man als Wirtschaftsaristokratie bezeichnen kann, wurden auch auf künstliche Weise alle möglichen Schwierigkeiten und Störungen verursacht.

Der Widerstand dieser sozialen Schicht stützt sich auf einige ganz konkrete und gewichtige Tatbestände aus der polnischen Wirklichkeit. Die gesamte Reform bedeutet nicht nur eine Veränderung, sondern auch eine tiefe Erschütterung der gesamten Gesellschaftsordnung. Größere Erfolge können nur allmählich und unter Opfern erreicht werden. Die Opposition argumentiert mit den genannten Schwierigkeiten. Hier ist auch einer der Gründe zu suchen, weshalb die Reform so langsam vorankommt.

In bezug auf die Reorganisation der Zentralverwaltung ist dieser Widerstand bereits gebrochen. Trotzdem gelang es der polnischen Wirtschaftsbürokratie, eine Situation zu schaffen, in der viele wichtige Reformen auf die lange Bank geschoben werden.

Jene polnischen Kreise, die das polnische Wirtschaftsmodell als einen Bestandteil der gesamten Entwicklung nach dem Oktoberumschwung des Jahres 1956 betrachten, begreifen gut, daß vom Erfolg der Wirtschaftsreform auch die gesamte politische Entwicklung in Polen abhängt. Aus eben diesem Grunde läßt man eine außergewöhnliche Vorsicht bei der Einführung der Modellveränderungen walten. Dieser Standpunkt liefert den Gegnern des Wirtschaftsmodelles einige Chancen, ihre privilegierte Rolle in der Gesellschaft zu verteidigen und den bisherigen Arbeitsstil und die bisherigen Arbeitsmethoden aufrechtzuerhalten. Aber das ist ein sehr trügerischer Zustand, denn die gesamte Entwicklung in Polen zeigt eine mehr und mehr erstarkende Initiative der Arbeiter, und es gibt immer weniger Kräfte, die dieser Tendenz in Richtung auf die Erweiterung der Arbeiterdemokratie im Wirtschaftssektor sich entgegenstellen könnten.

Die nächste Etappe in der polnischen Entwicklung wird zweifellos eine solche großer wirtschaftlicher Reformen sein. Sie hat bereits zu Anfang dieses Jahres begonnen.

ALBERT SCHWEITZER

*Größer als die Verhältnisse muß unsere Kraft sein, unter diesen Verhältnissen Menschen zu werden, die die Zeit verstehen und der Zeit gewachsen sind.*